

Nicht jeder Skeptiker ist ein Putin-Versteher

Stand: 21:58 Uhr | Lesedauer: 6 Minuten

Von Elisa Hoven



Elisa Hoven, Professorin für Strafrecht in Leipzig und Richterin am sächsischen Verfassungsgerichtshof

Quelle: Maya Claussen

Fast die Hälfte aller Deutschen lehnt die Lieferung schwerer Waffen in die Ukraine ab. Die Medien spiegeln das nicht wider. Hier erklärt Strafrechtsprofessorin Elisa Hoven, warum sie den Offenen Brief von Alice Schwarzer unterschrieben hat – und kein Ziel jedes Mittel rechtfertigt.

Der von Alice Schwarzer initiierte Offene Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz (<https://www.emma.de/artikel/offener-brief-bundeskanzler-scholz-339463>) hat einige Empörung ausgelöst – auch in der WELT (</debate/kommentare/article238475165/Offener-Brief-Moralischer-Bankrott-der-Riege-um-Alice-Schwarzer.html>). Immer wieder wird behauptet, die Unterzeichner würden den Westen zum Nichtstun und die Ukraine zur Kapitulation auffordern. Diese Interpretation ist so weit von der Aussage des Appells entfernt, dass ich hier näher beleuchten möchte, was mich bewogen hat, den Brief mitzuunterzeichnen.

Der Angriffskrieg auf die Ukraine ist schwerstes Unrecht. Ein Bruch mit den Grundsätzen unserer

Zivilisation, ein internationales Verbrechen, ein Wahnsinn. Das Leid der ukrainischen Bevölkerung geht uns alle etwas an. Darin sind sich die Unterzeichner des Briefs und ihre Kritiker völlig einig, auch wenn das anscheinend nicht immer gesehen wird. Entsetzen und Zorn entbinden uns jedoch nicht von der Pflicht, politische und vor allem militärische Schritte ruhig und rational zu durchdenken. Und hier setzt der Brief an.

In der Rechtswissenschaft geht es viel um Verhältnismäßigkeit. Dahinter steht eine Abwägung von Zweck und Mittel. Dieses Verfahren ist auf politische Entscheidungen übertragbar. Kein Ziel darf „um jeden Preis“ erreicht werden. Es muss immer gefragt werden, ob eine Maßnahme geeignet, erforderlich und angemessen ist. Bei der Lieferung schwerer Waffen ist schon die genaue Zielsetzung nicht leicht zu bestimmen.

Für die Abwägung von Chancen und Risiken

Das einzig ansatzweise gerechte Ergebnis dieses Krieges wäre es, wenn Russland sich vollständig aus der Ukraine zurückzöge, Wiedergutmachungszahlungen in Milliardenhöhe leistete und Putin vor den Internationalen Strafgerichtshof gestellt würde. Aber der niederschmetternde Befund lautet: Das wird so nicht geschehen. Wie der Philosoph Jürgen Habermas es in seinem aktuellen Beitrag in der „Süddeutschen Zeitung“ (<https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/kultur/das-dilemma-des-westens-juergen-habermas-zum-krieg-in-der-ukraine-e068321/?reduced=true>) formuliert: Eine Atommacht „besiegt“ man nicht. Trotz all unserer Bemühungen um ein starkes Völkerrecht müssen wir sehen, dass wir es nicht vollständig durchsetzen können, wenn ein mächtiger Akteur sich dem gemeinsamen Friedensprojekt verweigert. Deshalb muss die vernünftige Zielsetzung darin bestehen, die Kriegshandlungen so schnell wie möglich zu beenden. Wer das fordert, der stellt nicht das durch Russland begangene Unrecht infrage, der ist nicht zynisch und negiert auch nicht die Freiheitsrechte der Ukrainer – sondern zwingt sich zu einem realistischen Blick.

Gemessen an diesem Ziel muss auf einer zweiten Stufe überlegt werden, ob die Lieferung von schweren Waffen in die Ukraine geeignet ist, den Krieg – angesichts der täglich verübten Verbrechen – zeitnah zu beenden und der Ukraine dabei eine möglichst vorteilhafte Verhandlungsposition zu sichern. Weiterhin müssen die Waffenlieferungen auch in Anbetracht aller denkbaren Risiken angemessen sein.

Diese zweite Ebene wird in der medialen Diskussion zu wenig bedacht. Der Ukraine zu helfen, ist völlig unbestritten richtig. Wir müssen nicht das Ob diskutieren, sondern das Wie der Hilfe. Auch mit dem hohen Ziel der Freiheit lassen sich nicht sämtliche, denkbare Maßnahmen begründen. Es muss überlegt werden, ob die Vorteile einer Lieferung schwerer Waffen den potenziellen Schaden überwiegen. Dabei hat es natürlich erhebliches Gewicht, wenn der ukrainische Präsident nach Waffen ruft. Aber die Entscheidung, in welcher Weise wir Hilfe leisten, müssen wir letztlich selbst treffen. Denn sie hat möglicherweise Konsequenzen, die weit über die Ukraine hinausgehen. Eine solche Abwägung von Chancen und Risiken ist – und es scheint notwendig zu sein, diese Selbstverständlichkeit zu wiederholen – keine Bagatellisierung des Angriffs und kein Ausdruck fehlenden Mitgefühls, sondern die Grundlage jeder vernünftigen Entscheidung.

Wir bewegen uns in einer Situation großer Ungewissheit. Wir können nicht vorhersagen, wie sich Putin in den nächsten Wochen und Monaten verhalten wird, welche unserer Handlungen auf russischer Seite welcher Konsequenzen auslösen. Aber gerade in einer unsicheren Lage müssen Risiken gewichtet werden. Und das Risiko von Waffenlieferungen ist beträchtlich. Zwar wird Deutschland hierdurch im völkerrechtlichen Sinn noch nicht zur Kriegspartei. Aber Putin interessiert sich offensichtlich nicht für das Völkerrecht.

Die Eskalationsgefahr, die von einer Unterstützung der Ukraine mit schweren Kriegsgeräten ausgeht, liegt auf der Hand. Trotzdem wird in der öffentlichen Diskussion teilweise so getan, als würde es sich dabei um völlig irrationale Ängste handeln. Vergleichbar einer Spinnenphobie, die man nur richtig behandeln müsste. Und Angst sei ein schlechter Ratgeber. Das ist aber nur dann richtig, wenn die Angst unbegründet ist, keinen vernünftigen Kern hat oder völlig überzogen ist. Kann man das von der Sorge vor einem Dritten Weltkrieg sagen? Ein solcher Krieg, ein Atomschlag – das wäre eine dystopische Konsequenz, die man sich kaum ausmalen kann. Vermutlich das Ende des Lebens, wie wir es kennen und wie wir es uns für unsere Kinder wünschen.

Da Putin unberechenbar zu sein scheint, können wir nicht sagen, wie groß diese Gefahr tatsächlich ist. Aber bei jeder Risikobewertung werden Wahrscheinlichkeit und Folgen des Eintrittsereignisses berücksichtigt. Je schwerer die drohende Folge, desto vorsichtiger ist man. Der Hinweis auf diese denkbaren Folgen ist also nicht Ausdruck irrationaler Ängste, sondern notwendig für eine fundierte und umfassende Bewertung von Maßnahmen. Es sollte uns sorgenvoll stimmen, wenn die öffentliche Debatte diese Konsequenzen nicht – nüchtern und unaufgeregt – in ihre Erwägungen einbezieht. Wenn es im Gegenteil Empörung auslöst, diese zentralen Fragen überhaupt zu stellen.

Nicht jeder Skeptiker ist ein Putin-Versteher

Ich maße mir nicht an, die Abwägung zwischen Nutzen und Gefahren von Waffenlieferungen abschließend zu treffen. Aber wenn in den Medien der Eindruck entsteht, dass gar nicht erst abgewogen werden muss, dass Risiken als Ängste abgetan werden können, dann muss eine solche Forderung mit größter Skepsis betrachtet werden. In den letzten Jahren neigt die öffentliche Debatte dazu, politische Ziele absolut zu setzen – sei es Gesundheitsschutz, Lebensschutz oder Freiheit – und sich den Anforderungen einer Verhältnismäßigkeitsprüfung sowie den Nuancen einer realen Meinungsbildung zu entziehen.

Wer zu Beginn der Corona-Zeit an die Freiheitsgarantien des Grundgesetzes (</kultur/plus232741033/Inzidenzen-Impfen-Schulen-Die-drei-Irrtuemer-in-der-Pandemie-Debatte.html>) oder an die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen erinnerte, musste sich vorhalten lassen, sich nicht für das Sterben von Menschen zu interessieren. In eine ähnliche Richtung geht es, den Unterzeichnern des Offenen Briefs vorzuwerfen, die Freiheit der Ukraine unwichtig zu finden, Putin-Versteher zu sein oder die Vergewaltigung von Frauen in den Kriegsgebieten hinnehmen zu wollen. Solche Reaktionen dürften für jeden, der in diesen gravierenden Fragen an einer ernsthaften Auseinandersetzung interessiert ist, schwer zu ertragen sein. Vor allem behindern sie die Suche nach sachorientierten Lösungen. In einer brisanten Lage wie der jetzigen, in der jeder Schritt Richtung Konfliktlösung darauf angewiesen ist, von den jeweiligen Bevölkerungen mitgetragen zu werden, gilt das umso mehr.

Nach aktuellen Umfragen

(<https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-2991.html>) lehnen 45 Prozent der Deutschen die Lieferung schwerer Waffen in die Ukraine ab, ebenso viele sind dafür. Die Medienlandschaft spiegelt das derzeit nicht wider und übt damit einseitig Druck auf die Politik aus. Allein das sollte doch Anlass genug sein, Bedenken und Argumente nicht gleich niederzuschreiben, sondern erst einmal ernst zu nehmen – und ernst nehmen heißt nicht nur, sie nicht gleich zu „canceln“, sondern sie ehrlich und offen zu erwägen. Natürlich ist ein Offener Brief nicht der Weisheit letzter Schluss. Aber er ist ein Diskussionsimpuls, er soll zu einem Austausch motivieren. Ich hoffe, dass nach all der schnell geschriebenen Empörung jetzt Raum dafür entsteht. Denn die Zeit drängt.

Elisa Hoven ist Professorin für Strafrecht an der Universität Leipzig und Richterin des

Verfassungsgerichtshofs des Freistaates Sachsen.

Teilen Sie die Meinung des Autors?

JA  694

NEIN  321



Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/238528989>